



Stand Imland 17.03.2023

Alle wissen es, dass sich beim Bürgerentscheid eine große Mehrheit der Bürger für den Erhalt der Standorte ausgesprochen hat. Eigentlich Grund genug den Bürgerwillen auch umzusetzen. „Die Kommunalpolitik“ hat hier leider den „Schwarzen Peter“, denn Land und Bund halten sich gepflegt mit aktiven Lösungsvorschlägen zurück.

Überdies läuft eine Krankenhausplanung, die sich nur noch gemäß den bundespolitisch gesetzten Rahmenbedingungen auf eine Reduzierung von Leistungen konzentriert, darauf hinaus, dass die Kommunen zwar die Aufgabe der Daseinsvorsorge haben, Ihnen aber faktisch „die Luft genommen wird“, dies auch noch wirklich zu gewährleisten.

Das wirkt nicht nur nahezu zynisch, es führt dazu, dass immer mehr Versorgung wegfällt. Große Teile der mit Steuergeldern jahrzehntelang finanzierten, bisherigen kommunalen Krankenhäuser werden privatisiert und der „ökonomischen Verwertung“ zugeführt. Die Bürger bleiben auf der Strecke.

Aber wir haben eine Alternative - in der Absichtserklärung heißt es:

Über 45.000 Bürger im Kreis sind bereits heute in ihrem Demokratieverständnis verletzt.

Die direkte Demokratie zeigt für Bürgerinitiativen schwierige Hürden auf, die erstmalig in einem historischen Bürgerentscheid im Kreis RD-ECK übersprungen wurden. Der Bürgerentscheid wurde zugelassen und das Ergebnis ist von jedem zu respektieren, **auch mit hohen Kosten!**

Heute, Freitag den 17.03.2023, sollte um 15.30 Uhr den Vertretern der Fraktionen der Stand des Bieterverfahrens mitgeteilt werden, ob da Namen genannt würden blieb dabei noch offen. Es war die Sprache von einer „Skizzierung des Angebotes des Bestbieters“ – soweit zulässig. Aber darauf brauchte man nicht mehr zu warten, bereits rund eine Stunde vorher hatte der NDR darüber berichtet, dass ein Angebot der Schön-Kliniken vorläge, für welches sich der Gläubigerausschuss ausgesprochen habe. Wieder einmal wurde mündlich berichtet, Papiere lagen nicht vor und das alles unter Zeitdruck. Über das Wochenende sollen weitere Informationen erfolgen und am Montag ist bereits Kreistag. Das ganze Verfahren um die Imland-Kliniken war immer von Zeitdruck geprägt. Hinzu kam, dass die notwendigen Informationen nie vollständig übersichtlich waren. Zahlenwerke als Entscheidungsgrundlage waren – wenn überhaupt verfügbar – nur kurzfristig aussagekräftig .

Im Rahmen des Schutzschirmverfahrens (Insolvenzrecht) hatten die Abgeordneten sowie nur noch wenig Einflussmöglichkeiten. Aus dem Ablauf des Verfahrens ergab sich eine juristische Eigendynamik. Eine Möglichkeit für die Weiterführung in kommunaler Hand wird daher zum heutigen Zeitpunkt immer unwahrscheinlicher. Es sieht zwar so aus, dass ein reduziertes Angebot in

Eckernförde erhalten bleiben soll (24/7 interdisziplinäre Notfallversorgung mit Notfall-OP) Geriatrie und Psychosomatik etc. Im Rahmen des Schutzschirmverfahrens waren letztlich im Wesentlichen die finanziellen Rahmenbedingungen maßgebend. Das Bürgerbegehren wurde immer weiter in den Hintergrund gedrängt. Letztlich gab es einige Fraktionen die sich dagegen stemmten, darunter auch die WGK. Zum Schluss gab es gegen die „kommunale Option“ u.a. mit Kiel nur eine knappe Mehrheit von einer Stimme. Aber die eigentliche Entscheidung wurde im Schutzschirmverfahren eingeleitet, der Gläubigerausschuss setzte nun den Punkt.

Eines scheint sicher. Wir werden wohl leider noch eine ganze Reihe von Krankenhäusern erleben, die in der bundes- und zum Teil auch landespolitisch zur verantwortenden Krise ins „straucheln geraten“. Rendsburg soll wohl Schwerpunktversorger bleiben. Davon gibt es in Schleswig-Holstein derzeit zehn. Es wird bereits kolportiert, dass nach Plänen des Bundes nur noch die Hälfte davon in unserem Bundesland übrig bleiben könnten.